

„Aktionsbündnis Brokdorf abschalten“ sind:

Anti-Atom Ostwestfalen Lippe,
Anti-Atom-Initiative im Kreis Pinneberg,
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.,
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau,
attac Itzehoe,
.ausgestrahlt,
BI Kiel gegen Atomanlagen,
Brokdorf akut,
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU),
contratom,
BUND - Landesverband Schleswig-Holstein, KV Steinburg
und Lübeck,
Mahnwache für den Atomausstieg Buxtehude,
Moorburgtrasse Stoppen,
NaturFreunde Deutschland,
ROBIN WOOD,
X-tausendmal quer Regionalgruppe Hamburg.

An Aktionen des Bündnisses beteiligen sich auch:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband SH,
KV Steinburg, Die Linke Landesverband SH,
DIE LINKE Hamburg - AG Umwelt, Energie und Verkehr,
Grüne Jugend Schleswig-Holstein.

Kontakt:
Aktionsbündnis Brokdorf abschalten
www.brokdorf-akut.de

Spenden (sind absetzbar) auf das
Konto: 90078577
Sparkasse Westholstein
BLZ: 22250020
BUND-Kreisgruppe Steinburg
Stichwort: „Bündnis Brokdorf abschalten“

Evakuierungszone nach einem Kernschmelzunfall im AKW Brokdorf



Laut Bundesamt für Strahlenschutz kann es bei einem Super-GAU in einem Atomkraftwerk notwendig werden, Menschen dauerhaft umzusiedeln, die 170 km vom AKW entfernt wohnen. Das bedeutet nicht, dass es außerhalb dieser Zone automatisch sicher ist.

Katastrophaler Katastrophenschutz: Atomkraftwerk Brokdorf abschalten!

Noch immer hält die atomare Katastrophe von Fukushima an. Hunderttausende Menschen mussten vor der radioaktiven Wolke aus den explodierten Reaktoren flüchten. Bis heute sind große Gebiete zur Sperrzone erklärt, für die Menschen gibt es keine Hoffnung, in ihre Heimat zurückzukehren.

Bis heute sind in Deutschland Atomkraftwerke in Betrieb, die weder gegen Terrorangriffe noch gegen den Absturz schwerer Flugzeuge wie dem A380 gesichert sind. Das hat der deutsche Stresstest direkt nach Fukushima gezeigt. Trotzdem sind Atommeiler weiter in Betrieb. **Noch bis Ende 2021 bedroht uns das AKW Brokdorf!**

Was passiert, wenn es im AKW Brokdorf zu einer atomaren Katastrophe kommen sollte? Das Bundesamt für Strahlenschutz hat den Verlauf der Katastrophe von Fukushima untersucht und auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik übertragen.

Diese Studie* kommt zu dem erschreckenden Ergebnis, dass entgegen bisherigen Annahmen:

- in deutlich größeren Gebieten die Einnahme von Jodtabletten vorzusehen ist (bis 180 km Entfernung statt bisher 100 km),
- die Empfehlung, in Gebäuden zu bleiben, bei einer später erforderlichen Evakuierung bzw. Umsiedlung zu einer besonders hohen Verstrahlung führt,
- eine wiederholte Einnahme von Jodtabletten erforderlich sein kann,
- Notfallschutz-Maßnahmen rund um das AKW notwendig werden, wenn der Wind dreht (und nicht nur in eine bestimmte Richtung weht),
- die Evakuierung, permanente Umsiedlung und Einnahme von Jodtabletten auf wesentlich größeren Flächen erforderlich ist, wenn sie – wie von den japanischen Behörden veranlasst – nicht erst bei einer Strahlenbelastung von 100 milliSievert sondern schon ab 20 milliSievert angeordnet wird.

Das bedeutet: Fast ganz Schleswig-Holstein bis nach Dänemark, aber auch große Teile von Niedersachsen und Hamburg wären im Falle einer Atomkatastrophe im AKW Brokdorf dauerhaft zu evakuieren! **Dieser Realität sind die Katastrophenschutz-Behörden nicht gewachsen!**

„Eine längere Evakuierung atomar verseuchter Gebiete im Umkreis von 30 Kilometern wie in Fukushima ist in Deutschland nicht vorgesehen. Pläne gibt es allenfalls für einen Evakuierungsradius von zehn Kilometern“, berichtet der Spiegel nach einer umfassenden Recherche über den Katastrophenschutz im April 2011.

Vor dem Hintergrund des Verlaufs der atomaren Katastrophe in Fukushima zitiert die Zeitung Hamburgs obersten Katastrophenschützer Peer Rechenbach: *„Das ist der Alptraum für uns. Einige zehntausend Menschen wären vielleicht gerade noch zu bewältigen. Aber wenn die Zahl in die Hunderttausende ginge? Keine Chance.“*

Das Bundesamt für Strahlenschutz zeigt auf, dass Evakuierungen aber nicht nur in einer Entfernung von 30 sondern von bis zu 170 km Entfernung vom Reaktor erforderlich sein können!

Im November 2011 hat der Kieler Landtag vor dem Hintergrund von Fukushima umfassend über den mangelnden Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein diskutiert. Ein Abgeordneter des Landtags fasste diese Diskussion so zusammen: *„Die Risiken von Groß-Schadenslagen - das hat Japan gezeigt - können kumulativ eintreten, und sie sprengen alle unsere bisherigen Übungs- und Einsatzszenarien. Die Landesregierung muss Konsequenzen in der Katastrophenschutzplanung ziehen. ... (Die Risiken) lassen nur den Schluss zu, dass hier intensiv nachgearbeitet werden muss.“* Bis heute sind diese Konsequenzen nicht gezogen worden.

Wir fordern daher: **Das AKW Brokdorf muss abgeschaltet werden**, weil der Schutz der Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen nicht sichergestellt werden kann!

*Analyse der Vorkehrungen für den anlagenexternen Notfallschutz für deutsche Kernkraftwerke basierend auf den Erfahrungen aus dem Unfall in Fukushima, BfS-ST-11/12.